

Dzierzbicka, Agnieszka

Lebenslanges Lernen - Tugend oder gouvernementales Optimierungskalkül?

Magazin erwachsenenbildung.at (2007) 2, 13 S.



Quellenangabe/ Reference:

Dzierzbicka, Agnieszka: Lebenslanges Lernen - Tugend oder gouvernementales Optimierungskalkül? - In: Magazin erwachsenenbildung.at (2007) 2, 13 S. - URN: urn:nbn:de:0111-opus-75704 - DOI: 10.25656/01:7570

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-75704>

<https://doi.org/10.25656/01:7570>

in Kooperation mit / in cooperation with:

Meb



Magazin
erwachsenenbildung.at

<http://www.erwachsenenbildung.at>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/deed> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

MAGAZIN

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Nr. 2, 2007

Lebenslanges Lernen in Österreich –
politische, organisatorische, finanzielle
und didaktische Anforderungen

Agnieszka Dzierzbicka, Universität Wien

Lebenslanges Lernen –
Tugend oder gouvernementales
Optimierungskalkül?

Lebenslanges Lernen – Tugend oder gouvernementales Optimierungskalkül?

von Agnieszka Dzierzbicka, Universität Wien

Agnieszka Dzierzbicka (2007): Lebenslanges Lernen - Tugend oder gouvernementales Optimierungskalkül? Online im Internet:

<http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/meb07-2.pdf>. ISSN 1993-6818. Erscheinungsort: Wien. 34.509 Zeichen. Veröffentlicht Oktober 2007.

Schlagworte: Gouvernamentalität, Governance, Lebenslanges Lernen, das unternehmerische Selbst, Neoliberalismus, Humankapital, Bildung

Abstract

Dem Konzept des Lebenslangen Lernens gleichwie Michel Foucaults Gouvernamentalitätsansatz sind zwei Ausrichtungen gemeinsam, die für die Erwachsenenbildung von großer Brisanz sind: das Aussparen eines Bildungsbegriffs auf der einen Seite und die Auffassung, pädagogische Maßnahmen seien Investitionen in das Individuum und die Gesellschaft, auf der anderen. Ungeachtet dieser Gemeinsamkeit, die sich auf die Relevanz von Lernprozessen und Erziehungsmaßnahmen für die Steuerung von Menschen und Institutionen zuspitzen lässt, sind die dahinter stehenden Strategien und Ziele von grundlegender Differenz: Während die Strategie des Lebenslangen Lernens auf die Gewährleistung der Employability bis ins hohe Alter auf der individuellen Ebene und auf wirtschaftlichen wie sozialen Fortschritt auf der gesellschaftlichen Ebene abzielt, ist das gouvernementalitätsanalytische Programm stets und unabänderlich eine Form der Kritik. Vertragen sich also, salopp formuliert, Governancefragen wie die der LLL-Strategie ganz und gar nicht mit den Anliegen von Gouvernamentalitätsstudien? Oder sind durchaus Perspektiven eines gemeinsamen Weges dieser sich semantisch so nahe stehenden und doch so ungleichen Ansätze denkbar?

Lebenslanges Lernen – Tugend oder gouvernementales Optimierungskalkül

von Agnieszka Dzierzbicka, Universität Wien

Die einschlägigen Programme und Strategien zur Beförderung des Lebenslangen Lernens scheinen vielversprechend wie auch umstritten: Indessen die einen darin Chancen auf längst fällige Reformen und Debatten orten, vermuten andere die endgültige Ökonomisierung der Bildung, die in letzter Konsequenz das Unternehmertum in den Menschen einschreibt. Eindrucksvoll belegt findet sich letzteres im Bild des „unternehmerischen Selbst“, einer Denkfigur, die das Resultat von politischen Überlegungen, wissenschaftlichen Analysen und professionellen Expertisen vorstellt (siehe Bröckling 2007).

Michel Foucault überschrieb alle diese Überlegungen mit dem Begriff „Biopolitik“. Unter Biopolitik versteht Foucault die Weise, in der es seit dem 18. Jahrhundert unternommen wurde, die Probleme zu rationalisieren, die der Regierungspraxis durch das Phänomen Bevölkerung gestellt wurden (vgl. Foucault 2004b, S. 435):

„Die Fortpflanzung, die Geburten- und Sterblichkeitsrate, das Gesundheitsniveau, die Lebensdauer, die Langlebigkeit mit allen ihren Variationsbedingungen wurden zum Gegenstand eingreifender Maßnahmen und regulierender Kontrollen: Bio-Politik der Bevölkerung“ (Foucault 1997, S. 166; Hervorhebung im Orig.).

Und er stellte diese Überlegungen in den größeren Zusammenhang der Machtanalytik und Regierung, subsumiert unter dem „hässlichen Wort Gouvernementalität“ (Foucault 2004a, S. 173). Fragen der Steuerung, der Regierung von Institutionen wie Menschen werden da erörtert und in die aufklärerische Tradition der Kritik und Emanzipation eingebettet. Die Fragen der Steuerung von Institutionen und Menschen meint auch die Governanceforschung in einem fortschrittlichen Sinne zu beantworten. Dennoch scheinen beide Ansätze unvereinbar. Am Beispiel des wissensbasierten Wirtschaftsraums mit seinem prononcierten Auftrag, ein Leben lang zu lernen, lässt sich meines Erachtens das problematische Verhältnis der Ansätze aus einer gouvernementalitätstheoretischen Position aufzeigen.

Gouvernementale Vernunft: ins Wissen investieren

Zunächst gilt es, grundlegende Anmerkungen zum Gouvernementalitätsansatz und seiner Relevanz für die Erwachsenenbildung und die Strategie des Lebenslangen Lernens darzulegen.

In den zwei in den Jahren 1977/78 und 1978/79 gehaltenen Vorlesungsreihen „Sécurité, Territoire et Population“ und „Naissance de la Biopolitique“ (siehe Foucault 2004a; 2004b) skizziert Foucault die Dimension eines Regierungsbegriffs, der über eine Alltagssprachliche wie politikwissenschaftliche Bedeutung hinausgeht. Am Beispiel der Genealogie des modernen Staates zeigt Foucault auf, wie bestimmte Fragen und Elemente in das Prisma der Regierungshandlungen getreten sind und den westlichen Gesellschaften die moderne Gouvernamentalität, die sich analog zu den Bedingungen des Regierens wandelt, beschert haben. Diese Art der gouvernementalen Vernunft greift auf grundlegende Elemente der Steuerung zurück, im weitesten Sinn sind das Sicherheit, Bevölkerung und Territorium.

Kaum eine Erklärung wird dem Ausmaß der gouvernementalen Vernunft in ihrer konzeptionellen Dichte so gerecht wie die Schiffsmetapher, die Foucault in der bekannten 4. Vorlesung zur Erläuterung des Begriffs „Gouvernamentalität“ bemühte. Dieser zufolge bedeutet „gouverner“ im Wesentlichen, die Verantwortung für die Seeleute, das Schiff und die Ladung zu übernehmen (vgl. Foucault 2004a, S. 146). Dabei gilt es, auf Wetterbedingungen ebenso zu achten wie auf geographische und geologische Hindernisse, die antizipiert werden müssen und auf die entsprechend reagiert werden muss. Zu regieren bedeutet somit, alle diese Faktoren in einen Zusammenhang zu stellen und „kluge“ Entscheidungen zu treffen, eben Prioritäten zu setzen.

Als wichtiger Zeitraum für die Etablierung der modernen, liberalen Gouvernamentalität wird die Mitte des 18. Jahrhunderts markiert, ein Zeitraum, der für die Sache des Lebenslangen Lernens richtungsweisend werden sollte. Denn es ist auch das 18. Jahrhundert, in dem die Alphabetisierung im Sinne der Literalität, d.h. eines bestimmten Umgangs mit Schriftlichkeit und dem Geschriebenen, relevant wurde und aus dem Volk die zu bildende Bevölkerung machte (siehe Hindrichs 2004).

Die Bildungsexplosion des 18. Jahrhunderts ist somit nicht nur unter dem Aspekt der bürgerlichen Emanzipationsbestrebungen angesichts der Aufklärung zu betrachten, sondern letztlich auch unter dem Aspekt der Herstellung und Formung eines neuen Raums: des Raums einer Wissensgesellschaft, in den es zu investieren gilt. Und investiert wird in menschliches Kapital, das so genannte „Humankapital“, das Menschen als Einkommen produzierende „Kompetenzmaschinen“ begreift (vgl. Foucault 2004b, S. 319). Das Spektrum der Kompetenz hängt folglich von getätigten Bildungsinvestitionen ab, wobei diese Investitionen nicht ausschließlich auf schulische und berufliche Bildung rekurreren:

„Das bedeutet, daß die bloße Zeit der Fütterung, die bloße Zeit der Zuwendung der Eltern zu ihren Kindern als Investition betrachtet werden muß, die in der Lage ist, ein Humankapital zu bilden. Die verbrachte Zeit, die aufgewendete Sorgfalt, auch das Bildungsniveau der Eltern - denn man weiß, daß bei gleichviel verbrachter Zeit gebildete

Eltern für das Kind ein viel größeres Humankapital bilden werden, als wenn sie nicht dasselbe Bildungsniveau haben -, die Gesamtheit der kulturellen Reize, die das Kind empfängt: all das sind Elemente, die Humankapital bilden können“ (Foucault 2004b, S. 319).

Stand einst die Sicherung des Territoriums im Vordergrund, so gewinnt in der liberalen Gouvernamentalität die Sicherheit, die das Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung markiert, an Bedeutung. Foucault spricht in diesem Zusammenhang von einem Wandel vom Territorialvertrag zu einem Sicherheitsvertrag:

„Der Vertrag, den der Staat der Bevölkerung anbietet, lautet darum: „Ich biete euch Sicherheit.“ Sicherheit vor Unsicherheiten, Unfällen, Schäden, Risiken jeglicher Art. Ihr seid krank? Dann werde ich euch eine Krankenversicherung geben. Ihr habt keine Arbeit? Ich Sorge für eine Arbeitslosenversicherung. Es gibt eine Flutkatastrophe? Ich richte Hilfefonds ein. Es gibt Straftäter? Ich Sorge für ihre Umerziehung und eine gute polizeiliche Überwachung“ (Foucault 2004b, S. 498).

Im Zuge der Etablierung einer liberalen, gouvernementalen Vernunft entsteht somit ein ganzes Wissensfeld über den Menschen und seine Bedürfnisse. Mit dem Wissen, das es angesichts des Sicherheitsvertrages zu erringen gilt, werden wiederum neue Wahrheitsansprüche virulent. Und aus einer liberalen Position heraus scheinen diese Wahrheitsansprüche klar entscheidbar: Wahr ist, was vor dem Markt von Bestand und Dauer ist. Der konsumierende Mensch rückt so ins Zentrum der liberalen Regierungspraxis. Und diese Praxis zeichnet sich durch eine bisher nicht gekannte Zurückhaltung in Fragen der Regierung aus. Ihr Motto lässt sich pointiert darauf reduzieren: zu wissen, wann es einzugreifen gilt und wann nicht, *„die Aufteilung zwischen Agenda und Non agenda“* (Foucault 2004b, S. 190; Hervorhebung im Orig.).

Der Markt avanciert so zum Ort der Entscheidung, da er es ist, der Regierungshandeln noch zu legitimieren vermag:

„Insofern der Markt durch den Tausch ermöglicht, die Produktion, den Bedarf, das Angebot, die Nachfrage, den Wert, den Preis usw. miteinander zu verknüpfen, stellt er in diesem Sinne einen Ort der Entscheidung über die Wahrheit dar, ich meine einen Ort der Verifikation und Falsifikation der Regierungspraxis“ (Foucault 2004b, S. 55).

Zweifelsohne muss in diesem Zusammenhang vermerkt werden, dass sich in der Geschichte der Moderne unterschiedliche Ausprägungen von Liberalismus ausmachen lassen. So differenziert Foucault durchaus auch zwischen den unterschiedlichen liberalen Traditionen, die sich allein auf Grund der verschiedenen politischen Regimes herausgebildet hatten. Das heißt, der Liberalismus, wie ihn Foucault für seine Beschreibung der Entstehung der Gouvernamentalität einsetzt, meint nicht die politische oder ideologische Dimension dieser

Position, sondern „eine auf Ziele hin orientierte und sich durch kontinuierliche Reflexion regulierende, Weise des Tuns“ (Foucault 2004b, S. 436).

Der Markt im Wandel: vom Handel zum Unternehmertum

Die liberalen Theorien und Positionen liefern folglich jene Matrix, die es ermöglicht, Veränderungen in der politischen Rationalität, konkret die moderne Gouvernamentalität, ihre Entstehung und ihre Brüche zu beschreiben. Und diese Brüche sind gegenwärtig unübersehbar. So mochte Foucault Mitte der 1970er-Jahre Symptome beschreiben und künftige Einschnitte im soziopolitischen Gefüge vor dem Hintergrund seiner historischen Analysen provokant zu bedenken geben; heute können diese bestenfalls mit einem Achselzucken als eingetreten bestätigt werden, wie etwa Foucaults These im Rahmen der 8. Vorlesung der Reihe „Geburt der Biopolitik“, in der er die Abnahme der Gouvernamentalität des Staates zu Gunsten der Gouvernamentalität der Partei konstatiert (vgl. Foucault 2004b, S. 368).

Ein anderes Beispiel für das Brüchigwerden der liberalen Gouvernamentalität ist der Umstand, dass die Bezeichnung „Liberalismus“ für die Entwicklungen, die unter „Globalisierung“ subsumiert werden, nur bedingt ihr Auskommen findet. Längst ist das Schlagwort „Neoliberalismus“ zu einem „Catch-all-Term“ für jene geworden, die den Versuch unternehmen, auf einer reflexiven wie politischen Ebene dem gegenwärtigen Wandel in der Gesellschaft und ihren Institutionen sowie seinen Auswirkungen auf individuelle Lebensweisen kritisch beizukommen. Katschnig-Fasch führt treffend aus:

„Die gegenwärtigen ungeheuren sozialen und kulturellen Umwälzungen und die rasanten Veränderungen wirtschaftlicher und politischer Strukturen treffen jede Einzelne und jeden Einzelnen, und viele in leidvoller Weise. Ihre weitgreifenden Folgen dringen tief in die alltäglichen Lebenswelten ein. Diese scheinbar unaufhaltsame und unumkehrbare Entwicklung kam gerade in Gang, als die industriellen Gesellschaften eine Art goldenes Zeitalter erreicht hatten, in dem man sich auf sozial geregelte und erworbene Sicherheiten verlassen zu können glaubte. Ihr Erfolg beruht auf der Ignoranz gegenüber lokalen kulturellen Bedingungen und ihren sozialen Gefügen. Angeblich angetreten, um allen Menschen Freiheit und Selbstverantwortung, Moral und Gleichheit zu gewährleisten, drängt die Logik und Struktur der Herrschaft der globalisierenden Ökonomie heute mehr und mehr Menschen aus dem Dabeisein“ (Katschnig-Fasch 2003, S. 7).

Wenn auch das Rekurren auf die voranschreitende Durchdringung des privaten wie beruflichen Alltags durch neoliberale Techniken allgegenwärtig scheint, so möchte ich dennoch an dieser Stelle betonen, dass nicht alle Entwicklungen, die mit der Anführung „neoliberal“ überschrieben werden, faktisch auch solche sind. Eine diesbezügliche Differenzierung ist unerlässlich, sollen aktuelle Veränderungen annähernd erfasst und

untersucht oder gar kritische Stellungnahmen vorgenommen werden. So dienen im Folgenden traditionelle neoliberale Positionen, ähnlich wie die traditionellen liberalen zuvor, als Grundrisspunkte für eine Art Schablone, die die jüngsten Zäsuren in der gouvernementalen Vernunft festzustellen erlaubt und daraus resultierend eine Abgrenzung zur modernen, liberalen Gouvernamentalität ermöglicht.

Die liberale Regierungskunst lässt sich nach Foucault als „Manager der Freiheit“ beschreiben, der Möglichkeiten zur Freiheit bereitstellt: *„Mit einer Hand muß Freiheit hergestellt werden, aber dieselbe Handlung impliziert, daß man mit der anderen Einschränkungen, Kontrollen, Zwänge, auf Drohungen gestützte Verpflichtungen usw. einführt“* (Foucault 2004b, S. 98). So besteht das Ziel des liberalen Regierens darin, innerhalb politischer Kräfteverhältnisse einen Freiraum des Marktes einzurichten. Die neoliberale Regierungskunst hingegen gleicht, rekurrierend auf das Bild des Managers, einem „Manager des Wettbewerbs“:

„Das Problem des Neoliberalismus besteht im Gegenteil darin, wie man die globale Ausübung der politischen Macht anhand von Prinzipien einer Marktwirtschaft regeln kann. Es geht also nicht darum, einen freien Raum zu schaffen, sondern die formalen Prinzipien einer Marktwirtschaft auf die allgemeine Regierungskunst zu beziehen oder abzubilden“ (Foucault 2004b, S. 187).

Demgemäß kann die Position der Neoliberalen von jener der Liberalen dadurch abgegrenzt werden, dass Erstere die ideale Regierungspraxis frei von jeglicher politischen Einmischung sehen - anders formuliert: Die Neoliberalen machen vor dem Hintergrund der liberalen Diskussion, wie viel an Eingriff und Steuerung eine liberale Gesellschaft verkraftet, darauf aufmerksam, dass das eigentliche Problem darin bestehe, wie man Dinge anrühre, und nicht, ob man sie anrühren dürfe. Und anrühren dürfe man sie nur so, dass der Wettbewerb ermöglicht wird. Der Neoliberalismus steht für Foucault daher unter den Zeichen von „Wachsamkeit“, „Aktivität“ und „permanenter Intervention“ (vgl. Foucault 2004b, S. 188).

Wie ist nun neoliberales Regieren zu verstehen? Was will eine Regierung in Hinblick auf die Gesellschaft tun? Die Antwort darauf ist Programm: *„Sie will natürlich so handeln, daß der Markt ermöglicht wird“* (Foucault 2004b, S. 207). Dabei ist zu beachten, dass das Augenmerk nicht auf dem Austausch von Waren liegt - das wäre das überholte Konzept einer Handelsgesellschaft des Liberalismus -, sondern auf den Mechanismen des Wettbewerbs: *„Keine Gesellschaft von Supermärkten, sondern eine Unternehmensgesellschaft. Der Homo oeconomicus, den man wiederherstellen will, ist nicht der Mensch des Tauschs, nicht der Mensch des Konsums, sondern der Mensch des Unternehmens und der Produktion“* (Foucault 2004b, S. 208), das unternehmerische Selbst eben.

Zum Thema „Unternehmensgesellschaft und Vielfalt an Selbstunternehmertum“ gibt es mittlerweile zahlreiche Publikationen. Das Label der Ich-Aktie (siehe Lanthaler/Zugmann

2002) und entsprechende Ratgeber wie auch kritische Auseinandersetzungen veranschaulichen diese Entwicklung hinreichend. An diesem Punkt möchte ich erneut auf das spezifische Verhältnis zwischen Bevölkerung und Sicherheit zurückkommen: Auch in der neoliberalen Gouvernamentalität spielt Sicherheit eine gravierende Rolle, allerdings verändert sich ihre Qualität. Denn die Freisetzung des Menschen zum Unternehmer seiner selbst – „*Man lässt den Homo oeconomicus handeln. Er ist das Subjekt oder das Objekt des Laissez-faire*“ (Foucault 2004b, S. 371) - und die gleichzeitige Gewährleistung eines Marktes, der nicht mehr reguliert werden soll bzw. auch selbst nicht reguliert – „*eine Gesellschaft des Wettbewerbs*“ (Foucault 2004b, S. 208) -, verlangen eine andere Antwort auf die Frage nach der Sicherheit als jene des fallweisen Eingriffs.

Ohne Sicherheitsnetz: die unternehmerische Schwellenbevölkerung

Das spezifische Verhältnis zwischen Bevölkerung und Territorium bestimmt sich wie angedeutet auch in der neoliberalen Gouvernamentalität durch Fragen der Gewährleistung von Sicherheit und Zirkulation. In der Konzeption der so genannten „Schwellenbevölkerung“, wie Foucault sie beschreibt, findet sich eine beispiellose Antwort, wie beide Faktoren ungeachtet der neuen gouvernementalen Vernunft, möglichst nicht zu regieren, berücksichtigt werden können. Darüber hinaus lässt sich mit der Konzeption der Schwellenbevölkerung eine Problematisierung festmachen, die in der Governanceforschung völlig ausgespart wird, nämlich die Tatsache, dass es VerliererInnen der LLL-Strategie gibt, also gescheiterte Unternehmer ihrer selbst, und dass dies wohl kalkuliert ist, zumindest aus der gouvernementalen Perspektive. Doch zunächst zur Bedeutung des neoliberalen Mottos, möglichst nicht zu regieren.

Aus neoliberaler Sicht gibt es drei problematische und daher abzulehnende Steuerungsmechanismen, die im Liberalismus eine durchaus gängige Praxis darstellen:

- erstens das Monopol, das aus einer neoliberalen Sicht ein „archaisches“, aus der Intervention der öffentlichen Gewalt resultierendes „Phänomen“ darstellt (vgl. Foucault 2004b, S. 192): Dieses existiere nur, argumentieren die Neoliberalen, da die öffentliche Gewalt einst Zünften und Werkstätten Privilegien zugestand, aber auch weil Staaten und souveräne Individuen oder Familien Monopolstellungen auf Grund von Steuererlässen ermöglicht haben. Damit habe diese Entwicklung - so die Konklusion - aber nichts mit einer ökonomischen Logik des Wettbewerbs gemein.
- zweitens die Ablehnung „konformer Handlungen“, egal ob regulierend oder anordnend (vgl. Foucault 2004b, S. 196): Dabei handelt es sich um die

Interventionspraxis von Staatsregierungen, wenn aus konjunkturellen Gründen eine solche für notwendig gehalten wird.

- drittens die Sozialpolitik, die als Gegengewicht zur Wirtschaftspolitik abzulehnen ist, da sie per se antiökonomisch ist (vgl. Foucault 2004b, S. 207ff.).

Ungeachtet der Ablehnung jeglicher korrigierender oder unterstützender Regelungen oder Interventionen handelt es sich bei der neoliberalen Gouvernamentalität um eine Regierungspraxis, die die Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt: *„Jedenfalls wollen die Neoliberalen eine Regierung der Gesellschaft, eine Gesellschaftspolitik“* (Foucault 2004b, S. 207). Die konkrete Ausformung dieser Politik orientiert sich allerdings an einer sozialen Ethik des Unternehmens und nicht entlang wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen, sei es Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (konforme Handlung), seien es die Sicherheiten einer staatlichen Krankenversicherung (Sozialpolitik) oder etwa Preisgarantien bei Grundversorgungsgütern (Monopol).

Auf der individuellen Ebene ist die Ausrichtung dieser Gesellschaftspolitik ebenso eindeutig am Unternehmertum orientiert. Das Privateigentum und die Eigeninitiative sind die dabei zur Verfügung stehenden Steuerungsinstrumente. Wie schon zuvor angesprochen, bedeutet diese Entwicklung in Richtung sozioökonomische Selbstverantwortung des Individuums jedoch nicht, dass die mit der moderneren Gouvernamentalität ins Spiel gekommenen Elemente: Sicherheit, Territorium und Bevölkerung keine relevanten Größen mehr darstellen. Das Gegenteil ist der Fall, wie eine Deduktion des Begriffs „Schwellenbevölkerung“ nachdrücklich veranschaulicht. Der Begriff „Schwellenbevölkerung“ ist ein Teilaspekt der so genannten „negativen Steuer“, einer Idee des amerikanischen Neoliberalismus, wie Foucault ausführt (vgl. Foucault 2004b, S. 284). Die negative Steuer bedeutet im Prinzip, dass eine soziale Leistung nur dann Sinn macht, d.h. sozial effektiv und wirtschaftlich nicht hemmend ist, wenn unter allen Umständen verhindert wird, dass sie die Form eines kollektiven Konsums annimmt. *„Die negative Steuer setzt nie auf der Ebene der Bedingungen der Armut an, sondern auf der Ebene ihrer Wirkungen“* (Foucault 2004b, S. 286). In Zusammenhang mit dem Begriff „Schwellenbevölkerung“ bedeutet diese Auffassung, dass die relative Armut für die neoliberale Sozialpolitik keine Rolle spielt. Erst die absolute Armut fordert Konsequenzen, da sie den Wettbewerb in Gefahr bringt.

Also erst wenn Menschen auf Grund ihrer Einkommenssituation unter eine bestimmte Schwelle fallen - eine Schwelle, von der angenommen wird, dass sie keinen Konsum mehr garantiert -, stellt sich das Problem der Sicherung. Diese Sicherung ist durchaus eine allgemeine Sicherung, sie wird aber erst von „unten“ garantiert. Dergestalt gibt es eine Bevölkerung oberhalb der Schwelle, die aus Unternehmern ihrer selbst besteht, die sich dem freien Wettbewerb zu stellen vermögen, und eine Bevölkerung unterhalb der Schwelle, die

Unterstützung erhält, wenn sie bestimmte Risiken und Wagnisse eingegangen ist und „nichts mehr geht“. Sie soll zumindest die Chance haben, wenn der Bedarf vorherrscht, wieder in den Wettbewerb einzusteigen oder, wie Foucault so treffend zusammenfasst:

„Es wird also eine Art von Bevölkerung geben, die oberhalb und unterhalb der Schwelle schwebt, eine Schwellenbevölkerung, die für eine Wirtschaft, welche gerade auf das Ziel der Vollbeschäftigung verzichtet hat, eine ständige Reserve der Handarbeit sein wird, aus der man schöpfen kann, wenn es nötig ist, die man aber auch auf ihren unterstützten Status verweisen kann, wenn man will“ (Foucault 2004b, S. 289).

Vor diesem Hintergrund ist Foucaults nicht unbedingt klare Differenzierung zwischen der „Gouvernementalität“, die das strategische Feld der sich stets verändernden Machtverhältnisse definiert, und der „Regierung“, die durch dieses Feld bestimmt wird, zu verstehen. So scheint die liberale Gouvernementalität angesichts der sozioökonomischen und -politischen Veränderungen der neoliberalen Gouvernementalität weichen zu müssen. Wie bereits angedeutet: Sie scheint weichen zu müssen, denn wie Saar herausarbeitet, ist die besondere Krux an Foucaults Abstraktionen und Differenzierungen, dass sie sich zwar idealtypisch abgrenzen lassen, de facto aber zugleich wirken können (siehe Saar 2007). Demnach gäbe es keine Ablösung der verschiedenen Machtformen, sondern nur „neue Verhältnisse zwischen einzelnen Elementen und Typen der Machtausübung“ (Saar 2007, S. 28). Und so lässt sich beispielsweise der besondere Umstand erklären, dass trotz des allerorts ausgerufenen Neoliberalismus nach wie vor liberale Steuerungsmechanismen zur Anwendung kommen, wie etwa - um ein bildungspolitisches Beispiel zu nennen - im Zuge des Bologna-Prozesses, der sehr wohl auf staatlicher Regulierungsmacht fußt.

In die gleiche Kerbe, nämlich in die der gouvernementalen Vernunft, die eine Gesellschaft eines Wettbewerbs ermöglicht und damit auch in neoliberalen Zeiten durchaus steuert, schlagen meines Erachtens auch die „Vorschläge zur Implementierung einer kohärenten LLL-Strategie in Österreich bis 2010“. So finden sich hier Erörterungen zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die aufgrund ihrer demographischen, (inter)kulturellen, ökonomischen, politischen und sozialen Dimensionen Lebenslanges Lernen in Österreich als Antwort auf die „komplexen Herausforderungen für die Gesellschaft und das Individuum“ unabdingbar machen (vgl. Vorschläge 2005, S. 7f.).

Ob es nun die Alterung der Bevölkerung oder die Migrationsströme sind, der Fortschritt, mit dem weder die Arbeitskräfte noch die Unternehmen mithalten können (es sei denn, sie ließen sich auf die Strategie des Konzepts des Lebenslangen Lernens ein), oder die Optimierung der Lernprozesse durch Ablösung des durchgängigen Ausbildungs- und Erwerbsweges durch das Konzept der Lebensphasenorientierung, alle diese Dimensionen lassen sich entlang der drei gouvernementalen Problemstellungen anordnen: Bevölkerung, Territorium und Sicherheit.

Lebenslanges Lernen und diesbezügliche Umsetzungsstrategien entpuppen sich so nur allzu leicht als Steuerungstechniken im Zeichen der neoliberalen Gouvernamentalität: Auf gegebenem Territorium, in der EU im Allgemeinen und in Österreich im Besonderen, gilt es, den Markt der Unternehmensgesellschaft, also des Wettbewerbs, zu gewährleisten. Eingegriffen wird nur dann, wenn dieser Markt gefährdet scheint. Und das ist er offenbar, wenn es der Vorschläge zur Implementierung von etwas braucht, das per se im privaten Bereich verortet ist. Schule und damit die Einmischung des Staates in die Karrierelaufbahn hören nun einmal mit Beendigung der Schulpflicht auf. Jede Einmischung darüber hinaus scheint mir ein Hinweis auf eine Krise zu sein. Wie etwa sonst lässt sich die im Rahmen der Vorschläge hervorgehobene Lernphase „Nacherwerbsphase“, die das Alter „65 Jahre und mehr“ umfasst sowie „Active Aging“, lebensweltliche Neuorientierung und aktive Freizeitgestaltung fordert (vgl. Vorschläge 2005, S. 10), erklären? Ähnlich verhält es sich mit der Kleinkindphase (0-6 Jahre), der eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, wenn die LLL-Strategie fruchten soll. Mit Lernen scheint dies wenig zu tun zu haben, mit permanenter Aktivierung dagegen sehr wohl, ein Lernen sozusagen „von der Wiege bis zur Trage“.

Wie bereits erwähnt, das eigentliche Problem des neoliberalen Regierens besteht darin, wie man Dinge anrührt, und nicht, ob man sie anrühren darf. Jung wie Alt werden also angehalten, möglichst effektiv und unternehmerisch Teil der großen globalen Lerncommunity zu werden bzw. es zu bleiben - das alles freilich im Namen des globalen Wettbewerbs. Der globale Wettbewerb ist ohnehin ein Widerspruch in sich, nämlich Community und Wettbewerb zugleich, aber egal, es geht bekanntlich in letzter Konsequenz doch um die Standortfrage. Wenn Schwierigkeiten auftauchen, dann soll es kompetente Hilfe zur Selbsthilfe geben, also Beratung im Sinne einer „Life Long Guidance“ (vgl. Vorschläge 2005, S. 13). Bloß: Lernen müssen wir noch selbst.¹ Immerhin ist es Hauptziel von Life Long Guidance: *„BürgerInnen mit möglichst guten übergreifenden Kompetenzen auszustatten, die es ihnen ermöglichen, ihre eigene Persönlichkeit, ihre Fähigkeiten und Wünsche zu reflektieren und Entscheidungsprozesse gestalten zu können“* (Vorschläge 2005, S. 13.). Life Long Guidance entpuppt sich so als die neoliberale Definition der Foucaultschen Biopolitik: Über die Kompetenzschiene werden Subjekte hergestellt, die optimalerweise sich selbst führen.

Durch Life Long Guidance empowert bewegen sich so die BürgerInnen von heute Richtung verheißungsvolle Zukunft, die auch im Alter von 65 Jahren und mehr noch keinen Ruhestand

¹ Ausgehend von jüngsten Umfragen scheint es ausgerechnet am Lernwillen zu fehlen: So ergab eine IMAS-Umfrage (2007), dass 58% der ÖsterreicherInnen kaum Interesse an beruflicher Fortbildung haben und nicht einmal jede/r zehnte Über-60-Jährige noch etwas dazulernen möchte. 72% der Gesamtbevölkerung haben in den letzten zwei Jahren kein einziges Mal einen Weiterbildungsraum auch nur betreten (vgl. IMAS-Report 2007, S. 3).

kennen darf. Und so sind die buchstäblich lebenslang lernenden Unternehmer ihrer selbst das Paradeobjekt wie -subjekt des Regierens, wie es Foucault wohl vorschwebte. Was ist die Pointe einer solchen Differenzierung? - Nun, an dieser Stelle scheint der Governanceansatz klar und „sympathisch“: Gesellschaftlicher Wandel bewirkt bestimmte Veränderungen innerhalb etablierter Institutionen, daher sind neue Umsetzungsstrategien und Steuerungen nahe liegend - wir müssen sie finden.

Am Beispiel der von Pongratz angestellten Diagnose zum Status quo des Lebenslangen Lernens möchte ich dennoch die feinen Unterschiede und das problematische Verhältnis der Ansätze zueinander zuspitzen. Pongratz kommt zu dem inzwischen wenig überraschenden Schluss, dass das Lebenslange Lernen angesichts neoliberaler Phänomene eine Zäsur erfahren habe: *„Seit der zweiten Boomphase des Lebenslangen Lernens, die mit den 1990er Jahren begann, firmiert ‚Lebenslanges Lernen‘ als strategisches Element eines globalen Prozesses der Deregulierung von Waren- und Dienstleistungsmärkten“* (Pongratz 2006, S. 164f.). So weit, so bekannt.

Interessant ist, welche Schlussfolgerungen sich aus der Perspektive der jeweiligen Ansätze Governance und Gouvernamentalität ergeben würden. Dass, wie auch Pongratz schreibt, Lebenslanges Lernen die individuellen Kräfte entfesselt und produktiv werden lässt, findet sich in der Figur des unternehmerischen Selbst zunächst für beide Ansätze befriedigend aufgehoben. Doch die daraus folgenden Implikationen sind unterschiedlich. Governanceansätze wissen die neu gewonnenen Freiheiten der Individuen durchaus zu schätzen. Aus einer gouvernamentalitätstheoretischen Sicht sind allerdings gerade diese freizusetzenden, individuellen Kräfte das Ergebnis von Subjektivierungspraktiken, die das Selbst zwar ermöglichen, es aber auch einschränken und es allem voran zum Objekt und Subjekt von Regierungshandeln machen (siehe Wrana 2006).

Möglicherweise findet sich das unternehmerische Selbst oberhalb der berüchtigten Schwelle, möglicherweise aber auch unterhalb. Möglicherweise kann Sicherheit garantiert werden, möglicherweise aber auch nicht. Was zunächst als eine wohl kalkulierte gouvernementale Entscheidung erscheint, kann sich in dem einen oder anderen Zusammenhang als Risiko entpuppen. Eindrucksvoll veranschaulichen die Auseinandersetzungen um die Folgen der Hartz-IV-Politik und die Debatten anlässlich der „Jugendkrawalle“ in den Pariser Banlieues, dass die Schwellenbevölkerung durchaus imstande ist, die schöne neue Welt des Wettbewerbs zu stören und die Forderung nach anderen Formen des Regierens laut einzumachen. Gouvernamentalitätsanalytisch zu denken, bedeutet demnach, Alternativen zu denken, selbst wenn das bedeutet, das vielversprechende Projekt eines mit Freiheiten verbundenen unternehmerischen Selbst zu Gunsten einer politisierten Gesellschaftstheorie wieder verwerfen zu müssen.

Nicht das „Wie regieren?“ der Governanceforschung, sondern das „Wie dermaßen nicht regiert werden?“ ist hier Perspektive, Programm und Inhalt. Diese kritische Perspektive ist auch der Grund, weshalb der Umsetzung einer kohärenten LLL-Strategie in Österreich mit gouvernementalitätstheoretischen Analysen nicht weiter gedient ist, es sei denn, sie würde Kritik als einen Teil der Umsetzung berücksichtigen, aber dann müsste Lebenslanges Lernen als eine Tugend jenseits ökonomischer Verwertungszusammenhänge denkbar werden. Wollen wir uns das leisten?

Literaturverzeichnis

Verwendete Literatur

- Foucault, Michel (1997): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004a): Vorlesung am Collège de France 1977-1978. In: Sennelart, Michel (Hrsg.): Michel Foucault. Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004b): Vorlesung am Collège de France 1978-1979. In: Sennelart, Michel (Hrsg.): Michel Foucault. Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- IMAS-Report (2007): Tuchfühlung mit dem Fortschritt. Online im Internet: <http://www.imas.at/report/2007/14-09.pdf> [Stand: 2007-09-01].
- Katschnig-Fasch, Elisabeth (2003): Zur Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Das ganz alltägliche Elend. Begegnungen im Schatten des Neoliberalismus. Wien: Löcker, S. 7-20.
- Pongratz, Ludwig (2006): Lebenslanges Lernen. In: Dzierzbicka, Agnieszka/Schirlbauer, Alfred (Hrsg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement. Wien: Löcker Verlag, S. 162-171.
- Saar, Martin (2007): Foucaults Geschichte der Gouvernementalität im Werkkontext. In: Krasmann, Susanne/Volker, Michael (Hrsg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld: transcript, S. 23-45.
- Vorschläge (2005), Vorschläge zur Implementierung einer kohärenten LLL-Strategie in Österreich bis 2010. Erstellt durch eine fach einschlägige ExpertInnengruppe. Endfassung. November 2005. (Manuskript eigene Veröffentlichung) [seit Jänner 2007 in überarb. Form: ExpertInnenpapier (2007): Leitlinien einer kohärenten LLL-Strategie für Österreich bis 2010. In einer ersten Konsultation abgestimmte Vorschläge einer fach einschlägigen ExpertInnengruppe. Endfassung 20. Jänner 2007. Krems. (Manuskript eigene Veröffentlichung) Online im Internet: http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/sonstige/leitlinien_III-strategie_endversion_2007.pdf [Stand: 2007-10-19].

Weiterführende Literatur

- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dzierzbicka, Agnieszka (2006): Vereinbaren statt anordnen. Neoliberale Gouvernamentalität macht Schule. Wien: Löcker.
- Dzierzbicka, Agnieszka/Schirlbauer, Alfred (2006): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement. Wien: Löcker.
- Hindrichs, Ernst (2004): Alphabetisierung. Lesen und Schreiben. In: Dülmen, Richard van/Rauschenbach, Sina (Hrsg.): Macht des Wissens. Die Entstehung der modernen Wissensgesellschaft, Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S. 539-561.
- Lanthaler, Werner/Zugmann, Johanna (2002): Die Ich-Akte. Mit neuem Karrieredenken auf Erfolgskurs. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch.
- Mittelstraß, Jürgen (2004): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie. Stuttgart/Weimar: Metzler Verlag.
- Wrana, Daniel (2006): Das Subjekt schreiben. Reflexive Praktiken und Subjektivierung in der Weiterbildung - eine Diskursanalyse. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.

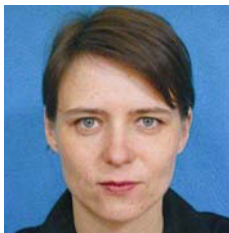


Foto: K. K.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Agnieszka Dzierzbicka

Studium der Pädagogik und Fächerkombination aus Politikwissenschaft/Soziologie in Wien. Agnieszka Dzierzbicka forscht, lehrt und arbeitet zu Vertrags- und Vereinbarungskultur, informelle Bildung, Cultural Studies und Gouvernamentalität. Aufsätze zum Thema E-Learning, Berufliche Identität von Jugendlichen, Autonomie und Institutionen sowie Fragen des Selbstmanagements aus gouvernementaler Perspektive. Publikationen: „Vereinbaren statt anordnen. Neoliberale Gouvernamentalität macht Schule“ (2006). Gemeinsam mit Alfred Schirlbauer (2006) herausgegebenes „Pädagogisches Glossar der Gegenwart“ sowie mit Elisabeth Sattler und Richard Kubac (2005) herausgegebener Sammelband: „Bildung riskiert“.

E-Mail: [agnieszka.dzierzbicka\(at\)univie.ac.at](mailto:agnieszka.dzierzbicka(at)univie.ac.at)
Internet: <http://institut.erz.univie.ac.at/home/fe1/node/29>
Telefon: +43 (0)1 4277 46735

Impressum/Offenlegung

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

ISSN: 1993-6818

Gefördert aus Mitteln des ESF und des bm:ukk

Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Projektpartner: Institut EDUCON – Mag. Hackl

Herausgeberinnen

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)

Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Medieninhaber und Herausgeber



Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
A - 1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A - 5350 Strobl

Fachredaktion

Mag.^a Barbara Daser (ORF Radio Ö1, Wissenschaft/Bildung)
Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Alpen-Adria-Universität
Klagenfurt)

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)

Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der
Wirtschaft)

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend
der Meinung der Redaktion.

Online-Redaktion

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)

Lektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Design und Programmierung

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das Magazin enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus
Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es
richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und
verwandten Feldern tätig sind sowie an BildungsforscherInnen
und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem
spezifischen Thema. Ziele des Magazins sind die
Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über
Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und
Bildungspolitik. Weiters soll der Wissenstransfer aus
Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt
werden.

Copyright

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des
„Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative
Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den
folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und
öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den
Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL
angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für
kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in
anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer
Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen,
unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach
schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben
werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben
hiervon unberührt.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf
Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein
Belegexemplar an redaktion@erwachsenenbildung.at oder
postalisch an die Online-Redaktion des Magazin
erwachsenenbildung.at, c/o Institut EDUCON,
Bürgergasse 8-10, A-8010 Graz, Österreich.